Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1440

Nr. 198 — Mittwoch, den 26. August 1925 — 20. Jahrgang

Die Uebergabe der Note.

Veröffentlichung am Mittwoch.

Der Berliner französische Botschafter de Margerie übergab um ½6 Uhr nachmittags im Auswärtigen Amt dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann die französische Antwortnote in der Sicherheitsfrage.

An den formellen Akt der Uebergabe schloß sich eine Unterhaltung über die Frage der gemeinschaftlichen Veröffentlichung der Note. Wenn es technisch möglich ist, wird von deutscher Seite beabsichtigt, die Note Mittwoch früh zu veröffentlichen. Es scheint jedoch von französischer Seite der Vorschlag gemacht worden zu sein, die Note nicht am Mittwoch, sondern erst am Freitag zu veröffentlichen, so daß zur Stunde noch nicht feststeht, welcher Termin vereinbart wird.

Die Note wurde nach der Uebergabe durch den französischen Gesandten sofort zur Uebersetzung weitergeleitet, so daß es den Regierungsstellen noch im Laufe des Abends möglich sein wird, sich ein Bild von dem Inhalt der Note zu machen. Voraussichtlich wird heute vormittag dann ein Kabinettsrat abgehalten werden.

Der Ton der Note wird in informierten Kreisen als entgegenkommend geschildert. Der Verfasser bemüht sich offenbar, die bekannten deutschen Bedenken gegen die französische Form der Paktvorschläge zu zerstreuen und den Weg zu Verhandlungen zu ebnen.

Zu dem Anspruch Frankreichs, die Ostgrenze Deutschlands zu garantieren und selbst als Schiedsrichter eventueller östlicher Streitigkeiten aufzutreten, setzt die Note ausführlich auseinander, daß dieses Garantierecht in der großen Mehrzahl aller denkbaren Fälle nicht in Kraft treten werde. Wirksam würde es nur nach objektiver Feststellung des Tatbestandes werden, wodurch mit automatischer Zuverlässigkeit der Friedensstörer ohnehin erkennbar gemacht würde. Bemerkenswert ist, daß die Note sich bestrebt, den Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit der bisher meist nur auf wirtschaftliche und juristische Differenzen Bezug nahm, nunmehr auch auf das rein politische Gebiet auszudehnen, so daß sich mit seiner Hilfe sämtliche Konfliktmöglichkeiten restlos beseitigen lassen sollen.

Zu dem Wunsche Deutschlands endlich, unter ausdrücklicher Befreiung von den Verpflichtungen aus Artikel 16 dem Völkerbund beizutreten, verweist die Note auf den zwischen Deutschland und den Völkerbundsmächten über diese Frage bereits geführten Schriftwechsel, und fügt hinzu, daß zur endgültigen Entscheidung nur der Völkerbund selbst berufen sein könne, mit anderen Worten: erst wenn Deutschland ohne Vorbehalt Mitglied des Völkerbundes geworden sei, sei dieser in der Lage, eine etwaige Dispensierung des Reiches von den Verpflichtungen des Artikels 16 auszusprechen.

Das abgetretene Danzig.

Das Friedensdiktat von Versailles wurde auch Westpreußen zum Schicksal. In Auswirkung formelhafter politischer Lösungen und unter Mißachtung des Zusammengehörigkeitswillens seines Volkskörpers wurde es auseinandergerissen und bei der neuen Kartenzeichnung des deutschen Ostens balkanisiert. Selbst die bei Deutschland verbliebenen Kreise der Provinz Posen und Westpreußen, westlich des Korridors, die in der Provinz Grenzmark zusammengeschlossen sind, wurden durch die neue Grenzziehung in Mitleidenschaft gezogen. Geschichtliche und kulturelle Gründe, wie das gleichgeartete Wirtschaftsleben weisen die abgetrennten und die Restteile der beiden Provinzen aufeinander hin. Die Errichtung der willkürlichen Grenze mit allen ihren Schikanen hat in das Privatleben von Hunderttausenden eingegriffen. Der Gedanke der Untrennbarkeit ist dem Lebensmark der Bewohner dieser Provinzen diesseits und jenseits der Grenzen eingeimpft.

Unsicherer denn je erscheint dem geschichtlich eingestellten Beobachter die Zukunft Danzigs, das nach dem Willen der Siegerstaaten, ohne Befragung seiner Bevölkerung, zum Range einer „Freien Stadt" erhoben und in das polnische Zoll- und Wirtschaftsgebiet einbezogen wurde. Der polnische Staat erhielt von vornherein eine Reihe von Vorrechten die, infolge der elastischen Fassung einzelner Bestimmungen, Anlaß zu dauernden Meinungsverschiedenheiten und Verstimmungen zwischen Danzig und Polen bieten. Selbst der Danzig-polnische Staatsvertrag, die „Pariser Konvention", von 1920 und das „Danzig-polnische Wirtschaftsabkommen" von 1921 haben die Unklarheiten in dem Verhältnis Danzig zu Polen nicht bannen können, wie es der Postkonflikt von 1925 beweist, der sich in Polen zu einem politischen, nicht bloß für den Augenblick berechneten Kampf auswächst. Die polnischen Wortführer operieren mit statistischen und psychologischem Material, weisen auf den Aufschwung hin, den Danzig in den letzten Jahren dank seiner wirtschaftlichen Verbindung mit Polen erreicht habe, und kommen nach kühnen Gedankenspründen zu dem Schluß, daß Danzigs wahres wirtschaftliches und politisches Glück erst nach Verwirklichung des „Polnischen Staatsrechtes" in Danzig, das heißt nach seiner vollständigen Einverleibung in Polen, zu erzielen sei.

Danzigs heutige Bürgerschaft ist in einer harten Schule gereift und geläutert. Sie macht nicht mehr falsche Rechnungen in der Art ihrer Vorfahren, die sich freiwillig von dem Deutschen Orden loslösten, um den polnischen König Kasimir als Schutzherren zu erwählen. Sie trat in einen heroischen Kampf um ihre Selbstbestimmung ein, wich allen gleißenden Zukunftsversprechungen aus und verteidigte bisher erfolgreich ihre Existenzsicherheit.

Polen aber entfesselte immer mehr seinen nationalen Furor. Nationalistische Phantastereien überwuchern dort anscheinend alles realpolitische Denken. Es fühlt sich, in völliger Verkennung der Rechtsquellen für sein Verhalten zu Danzig nur noch als strafender Protektor der „unbotmäßigen" freien Stadt, wo sein Generalkommissar Statthalterrechte beansprucht. Es drohte dem englischen Oberkommissar des Völkerbundes, der dem friedlichen Durchdringen des Danziger Staatswesens mit polnischen Einrichtungen einen Damm setzte.

Das überspannte polnische Nationalgefühl wurde in wirtschaftliche Formeln gezwängt und es entstand die Losung: Danzig durch die „Hungerdressur" gefügig zu machen. Schon der Senatsmarschall Trampczynski, der einst als deutsch-polnischer Parlamentarier rührende Töne bei der Schilderung des angeblichen nationalen Märtyrertums der polnischen Minderheit in Deutschland fand, erklärte in einer Sitzung der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten im Januar 1925: „Polen war bisher nicht imstande, Danzig die Giftzähne auszubrechen, und so bleibt nur die Hungerdressur. Die deutsche Bevölkerung Danzigs wird dann endlich zu der Ueberzeugung kommen, daß sie nichts machen kann, wenn Polen erklärt, daß es Danzig nicht ernähren will." Und die polnische Regierung ist nicht stark genug, solchen Anregungen zu widerstehen. So setzte der wirtschaftliche Boykott Danzigs ein. Die Warschauer Stadtverwaltung, im Begriff, mit einer Danziger Fabrik einen großen Lieferungsvertrag auf Straßenbahnwagen abzuschließen, brach ihre Verhandlungen plötzlich ab und motivierte ihr Verhalten mit den von der Regierung erhaltenen Richtlinien. Eine andere größere Danziger Firma erhielt von der Hauptverwaltung der polnischen Post und Telegraphie einen Brief mit der Mitteilung, „daß sie bei der z. Zt. herrschenden politischen Strömung nicht in der Lage sei, ihren Bedarf in absehbarer Zeit bei Danziger Firmen zu decken." Auch das Eisenbahnministerium in Warschau zog einen einem Danziger Unternehmen erteilten bedeutenden Reparaturauftrag zurück.

Aber die Boykottbewegung soll nicht nur Vergeltungsmaßnahme sein. Der intuitive Scharfblick polnischer Expansionspolitiker erspähte neue Möglichkeiten zur Polonisierung Danzigs. Die polnische Kaufmannschaft in Königshütte beschloß, Speditionsaufträge nach Danzig nur solchen Firmen zu erteilen, die nachweisen können, daß sie polnische Hafenarbeiter beschäftigen. Gleichzeitig wurde die Forderung gestellt, daß an Danziger Werften, an die Waggonfabrik und andere Industrieunternehmen keine Aufträge erteilt werden, solange sie nicht wenigstens zur Hälfte polnische Arbeiter be-

Reichskanzler a. D. Wirth aus dem Zentrum ausgetreten.

Reichskanzler a. D. Wirth hat aus Marienbad, wo er zur Kur weilte, an den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages folgendes Schreiben gerichtet:

„Getreu der von mir übernommenen politischen demokratischen Linie im Deutschen Volksstaat beehre ich mich, dem Vorstande der Zentramsfraktion des Deutschen Reichstages mitzuteilen, daß ich, außerhalb der Fraktion des Zentrums im Reichstage stehend, mich fernerhin als Vertreter des sozialen und republikanischen Zentrums bezeichnen werde."

•

Stuttgart, 24. August. Trotzdem man versucht hat, die Tatsache vorläufig noch geheim zu halten, da die maßgebenden Stellen der Zentrumsfraktion offenbar glaubten, daß die Sache noch beigelegt werden könnte, ist es doch bekannt geworden, daß Reichskanzler a. D. Josef Wirth schon in der vorigen Woche aus Marienbad an den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, Reichskanzler a. D. Fehrenbach, einen Brief geschrieben hat, in welchem er diesem seinen Austritt aus der Fraktion mitteilt, und zwar mit der Begründung, daß er die Art, wie die Reichstagsmehrheit und mit ihr das Zentrum die Opposition bei den letzten Reichstagsverhandlungen in der Steuer- und Zollvorlage niedergestimmt hat, nicht mitmachen könne. Reichskanzler a. D. Wirth hat selbst an den Verhandlungen sowohl über die Steuervorlagen als auch über die Zollvorlage, nicht teilgenommen, da er wegen seines neuerlich auftretenden Herzleidens schon seit längerer Zeit in Marienbad weilt. Die in Stuttgart anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion wissen noch nicht, ob Dr. Wirth sein Mandat niederlegen wird. In dem Brief an Fehrenbach schreibt er ausdrücklich, daß er sich auch weiterhin als Zentrumsmann fühle. Von Fraktionskollegen, die ihn gut kennen, wird der sehr impulsive Brief auf seinen augenblicklichen Gesundheitszustand zurückgeführt. Der Austritt Wirths aus der Fraktion ist für das Zentrum von Bedeutung, da in Baden, wo er in der Wählerschaft einen großen Anhang hat, Landtagswahlen vor der Tür stehen. Der Brief Wirths war schon am letzten Donnerstag in den Händen Fehrenbachs, der bei der Beerdigung des Reichstagsabgeordneten Beusch in Würzburg mehreren dort anwesenden Zentrumspolitikern vertraulich davon Mitteilung machte.

Austritte aus der Berliner Zentrumspartei.

Berlin, 25. August. Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Zuschrift aus Zentrumskreisen, nach welcher in einer stürmisch verlaufenen Delegiertenversammlung des Provinzverbandes der Windthorstbünde Berlin-Brandenburg die Mehrheit der Delegierten erklärte, sie könne aus gewissen Gründen die Politik des Zentrums nicht mehr mitmachen und vollziehe daher ihren Austritt aus der Zentrumspartei.

Ein Memorandum zur Sicherheit Europas.

Rom, 24. August. Wie die Agentur Arme mitteilt, bereiten die Regierungen von Prag, Belgrad und Bukarest ein einheitliches Memorandum zur Frage des Sicherheitspaktes vor, worin die Garantierung der Grenzen aller europäischen Länder gefordert wird. Das Memorandum wird auch Griechenland, Polen und den baltischen Staaten zur Unterzeichnung unterbreitet werden.

Duisburg wird morgen geräumt.

Duisburg, 24. August. Die Stadt Duisburg wird morgen geräumt. Um 12 Uhr mittags werden die letzten Besatzungstruppen das Stadtgebiet verlassen. Die Besatzungskontrolle findet um Mitternacht ihr Ende. Duisburg-Ruhrort wird allerdings noch nicht truppenfrei; dort verbleibt eine Schiffahrtskommission, aus vier Offizieren und 40 Mann bestehend. Es soll geprüft werden, ob das Fortbestehen dieser Schiffahrtskommission im Einklang mit dem Londoner Abkommen steht.

Hindenburg an die amerikanische Geschäftswelt.

Wir haben gestern bereits von der schriftlichen Erklärung Hindenburgs im „National Business", dem amtlichen Organ der amerikanischen Handelskammern, berichtet. Heute wird der Wortlaut derselben bekannt:

„Ich freue mich aufrichtig zu hören, daß amerikantsche Geschäftsleute solch starkes Interesse an den Zuständen des heutigen Deutschlands haben. Die soziale Verwirrung, die der Kriegsausgang und die Nachkriegsbedingungen hervorriefen, und die mehrere Jahre andauerte, scheint nunmehr endgültig einem Wiederaufbau des sozialen Lebens in stabilen Grenzen Platz gemacht zu haben. Ich bin fest überzeugt, daß die Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in Deutschland weiter sich bessern wird in dem Maße, wie die Friedensbedingungen zwischen den europäischen Völkern wiederhergestellt werden. Ich bin zu meinem Teile entschlossen, das Aeußerste für die Wiederaufrichtung und Erhaltung des Friedens zu tun."

71 Millionen Ueberschuß der Reichsbahn.

Der neue Monatsausweis der Reichsbahn über Juni weist an Einnahmen 891 Millionen, an Ausgaben 820 Millionen aus. Es ergibt sich also — wie in den letzten Monaten — ein Ueberschuß von 71 Millionen, den die Reichsbahn mit den üblichen Gründen — Reparationen, Rücklagen, Deckung etwaiger Fehlbeträge — zu rechtfertigen sucht.

Zur Entführung der englischen Missionare.

Schanghai, 24. August. Die Gefangennahme des englischen Bischofs Mowll, seiner Frau und sechs weiterer englischer Missionare, darunter vier Frauen, durch chinesische Banditen erfolgte nach einer Reuter-Meldung am 6. August als sich die Missionare auf Urlaub in der Provinz befanden. Die Nachforschungen der englischen Behörden waren bisher ergebnislos, da die Verbindungen mit Szetschuan, wo die Missionare gefangen gehalten werden, sehr schlecht sind.